

Saale-Beitung.

Bezugspreis... Die Saale-Beitung... 2,50 M.

werden die 6 gepulverte Kofonjelle... 11 Uhr, in der Sonntagsnummer...

Bestandtheil der Schillingen Nr. 1140... der Anzeigen-Abteilung Nr. 176...

Wochenausgabe...

Ercheint täglich... Sonntags und Montags einmal

Schiffverleger und Druck... G. B. Schillingen Nr. 17...

Nr. 284.

Salle, Sonnabend, den 20. Juni

1914.

Proporz.

Die Verhältnisswahl ist bei ihrem ersten Anlauf in Baden gefallen, weil das früher so proporzfreundliche Zentrum...

Auch in der Schweiz hat der Nationalrat mit großer Stimmenmehrheit den Proporz abgelehnt. Das ist zwar insofern nicht entscheidend...

Auch in der Schweiz hat der Nationalrat mit großer Stimmenmehrheit den Proporz abgelehnt. Das ist zwar insofern nicht entscheidend...

Das fällt bei der Verhältnisswahl fort. Der Wille des Wählers tritt rein in der Zahl der Mandate in Erscheinung; wenigstens dann rein, wenn er nicht durch Zwang oder Druck beeinflusst ist...

Leidet beieinander wohnen die Bekannten, doch darf im Raume stehen die Dinge! Das trifft vorläufig auch für den Proporz noch zu. Eine der größten Schwierigkeiten ist die, daß man sich zunächst über die Frage, ob die Verhältnisswahl das ganze Wahlgebiet umfassen oder ob innerhalb desselben noch geschlossene Wahlbezirke zu schaffen sind, noch nicht geäußert hat...

Größer aber noch als diese Schwierigkeit ist das Bedenken, daß dem Wähler ein direkter Einfluß bei der Auswahl der Persönlichkeiten für ein Parlamentsmandat entzogen ist. Es fehlt das persönliche Band zwischen Parlamentarier und Wähler, da die große Ausdehnung der Wahlbezirke diese Beziehungen erschwert.

In der Hand der Parteileitungen liegt dann allein die Auswahl der Kandidaten und — von diesen, nicht von den Wählern abhängig — könnte sich bei ihnen die Neigung verringern, die Beschleimung, wie sie sich heute zwischen Wähler und Wählern herausgebildet hat, aufrechtzuerhalten und die Gefahr erhöhen, daß sie so droht zu werden.

geordneten und Wählern herausgebildet hat, aufrechtzuerhalten und die Gefahr erhöhen, daß sie so droht zu werden. Doch kann diese Wirkung durch ein lebhaftes Parteilieben kompensiert werden. Der Wähler würde dann gewonnen, an den Arbeiten der politischen Parteien einen regeren Anteil zu nehmen, einen größeren Einfluß auf die Zusammenlegung des Parteivorstandes auszuüben, und das würde der politischen Allgemeinbildung zugute kommen.

Leider fehlt man in Deutschland allgem. einen politischen Fragen jedoch ziemlich uninteressiert gegenüber. Die Politik erlangt erst Interesse, wenn unmittelbare Ernährungs- oder Berufsinteressen berührt werden. Und so läßt sich annehmen, daß die Verhältnisswahl weniger den politischen Parteien zugute kommen und so allgemeine Interessen fördern, als daß sie zu einer Zersplitterung in kleine und kleine Interessengruppen führen würde. Sucht doch schon heute jede einzelne Interessengruppe ihre Vertreter in die Parlamente zu schieben in der Annahme, daß sie damit mehr Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen könnte.

In Wirklichkeit ist das ein Irrtum. Für weitaus die meisten wirtschaftlichen und beruflichen Interessengruppen wird dieser Einfluß dadurch nicht zu erlangen sein. Was will es bedeuten, wenn beispielsweise von 397 Reichstagsabgeordneten einer, zwei oder auch zehn Vertreter einer bestimmten Interessengruppe sind? Gegen die Stimmen der ungeheuren Mehrheit der anderen können sie nichts für ihre Mandate durchsetzen.

Wenn also die Verhältnisswahl dazu führen sollte, daß nun jede der Hunderte von Interessengruppen im Reichstag vertreten sein sollte und nur auf die Vertretung dieser ihrer Sonderinteressen Wert lege, dann würde eine heillose Zersplitterung eintreten, die die Volkvertretung der Regierung gegenüber ohnmächtig macht oder die Regierung würde bei jedem Geheiß von Zufallsmajoritäten abhängig sein.

Das ist das größte Bedenken, das heute bei uns noch gegen die Verhältnisswahl spricht, und darum gilt es, erst die Notwendigkeit der großen politischen Parteien, die Allgemeininteressen vertreten, genügend im Volksbewußtsein zu verankern, ehe die Verhältnisswahl an Stelle der heutigen Mehrheitswahl tritt. Kommen wird sie, und darauf gilt es, sich vorzubereiten. D.

Die Verhältnisswahl für die badische Zweite Kammer.

Karlsruhe, 19. Juni. Der Kampf der liberalen Parteien um Einführung der Verhältnisswahl zur Zweiten Kammer ist ausstichlos, wenigstens für absehbare Zeit. Die letzten Verhandlungen der Zweiten Kammer haben gezeigt, daß das früher so proporzfreundliche Zentrum umgefallen ist. Es hofft, auf Grund der Mehrheitswahl in nächster Zeit die Mehrheit in der Zweiten Kammer zu erhalten. Die Regierung aber fürchtet sich vor dem Sprung ins Dunkle, den die Einführung bedeutet. Außerdem sieht sie in dem Umstand, daß die Verhältnisswahl der Sozialdemokratie förderlich sein würde, das größte unüberwindliche Bedenken. Auch die Erste Kammer, die getrennt eingehend über den Antrag der Nationalliberalen und Fortschrittler auf Einführung des Proporzverfahrens verhandelte, hält an ihrem ablehnenden

Standpunkt fest, den sie schon auf dem letzten Landtag zum Ausdruck gebracht hat. Der gelamte Standes- und Grundbesitzliche Adel, dem sich noch Geheimer Kommerzienrat Spott, Maler Hans Thoma und ein Zentrumsbürgermeister beigesellen, verwirft den Gedanken des Proporzverfahrens für die Zweite Kammer vollständig trotz der aufmunternden Ausführungen des Verwaltungsverordnungspräsidenten Fischer, der selbst sich die Denkschrift der Regierung über die Verhältnisswahl verschaffen hat. Der Regierungsdirektor, Minister v. Bodmann, ließ in seiner Rede durchblicken, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, vielleicht in zwei Jahren, den Versuch mit der Einführung der Verhältnisswahl zur Zweiten Kammer in den drei größten Städten unseres Landes zu machen. Der Gedanke eines Teilproporzverfahrens erhebt aber noch aussichtslos als die Einführung des Proporzverfahrens für das ganze Land, nachdem die Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Teilproporz, der lediglich dem Zentrum zugute käme, ausgesprochen haben.

Der Reichsverband der Deutschen Presse.

(Zum diesjährigen Delegiertentag in Leipzig.) Lange hatte es gedauert, ehe das Werk der Einigung und der Organisation der einzelnen lokalen oder provinziellen Presseverbände vollbracht war. Beruf um Beruf schritt voran, schloß feste Verbände zur Wahrung seiner Interessen — nur die Presse verzögerte in einem partiellistischen Beharren an mehr oder minder bedeutungslosen Vereinigungen, die, wenn es viel war, sich zu einem Landesverband zusammenschloßen. Wie eine erlösende Tat wurde es daher empfunden, als vor etwa 4 Jahren der Reichsverband der Deutschen Presse ins Leben gerufen wurde. Viel Arbeit ist seitdem geleistet worden. Und noch mehr steht bevor. Immer tiefer greift das Wirken der Presse in alle Gebiete des öffentlichen Lebens ein, immer mehr wächst ihre Bedeutung als eine „abgeleitete Chronik der Zeit“ und mehr denn je steht ihre kulturelle Sendung in heiterer Diskussion. Vängig ist die Presse nicht mehr eine bloße Lebermilchlin in den Nachrichten, sie hat ihre eigenen Grenzen gelinzt und freies, belohntes, fruchtbares Kritikfeld geworden. Es ist nur natürlich, wenn mit der wachsenden Bedeutung der Presse sich gewisse Unbehagen herausgebildet haben, denen sie sich jedoch nicht verschließen. Aus ihrem eigenen Reges heraus müssen die Schäden jenen Auges gelinzt und wünschenswert beseitigt werden; dann werden auch die Unzufriedenheiten von außen, denen sie immer noch ausgesetzt ist, bald verflümmen müssen. Noch viele Fragen und Probleme hatten der Lösung. Der komplizierte Organismus der Presse hat durch seine Arbeit ein vielfältiges Gewebe geschaffen, das alle Gebiete des Lebens berührt, hat Beziehungen hergestellt, aus denen sich Verhältnisse ergeben, die noch nicht alle mißverständlich erklärt sind. Die Stellungnahme zu allen Fragen des Lebens hat die Presse zu einem viel feineren und empfindlicheren Organ gemacht, als es früher der Fall war. Es sei beispielsweise nur jenes Problem angedeutet, dem die Presse durch das neue Spionagegesetz gegenüberstand. Sinter bezüglichen Aufgaben treten die Landesfragen eigentlich ein wenig in den Hintergrund, ohne deshalb aber von der Tagesordnung zu verschwinden. In der diesjährigen

Feuilleton.

Eindrücke vom Jahrmarkt.

Wieviel Kinderherzen schlagen wohl schneller bei dem Wort „Jahrmarkt“? Wieviele mögen, wenn sie die zugehenden Wagen dem Hochplatz zufahren sehen, wohl aufjubeln! Was gibt es da nicht alles, was die kindliche Phantasie beschäftigt, was das Auge sehen und der Magen verdauen kann! Ein Fest ist doch ein Jahrmarkt für die Kinder, ein großartiges Studienobjekt für den ernst empfindenden Menschen, der mit offenen Sinnen die Dinge betrachtet. Mit einem Freunde, der mit einer Kammerkamera ausgerüstet ist, mische ich mich unter den Menschenstrom. Gleich bei den ersten Büden empfindet man den seltsamen Kontrast dieses Lebens: hier lachende Kinder, dort am Boden hockend verküppelte oder blinde Leiermänner — Bilder des Glendes, die eckig sind. Doch wir haben — jetzt wenigstens — keine Zeit, soziale Betrachtungen anzustellen, sondern eilen weiter durch die Bubengassen, um, wenn möglich, mit Hilfe der gütigen Sonne ein paar gelungene Typen festzuhalten. Wir kommen zum Selltänger, der hoch oben seine Körbe zeigt. Gespannt sieht die Menge den Vorführungen zu, verflüchtigt sich aber größtenteils, sobald Gefahr im Verzuge ist, daß der Mann mit dem zimmernden Zeller zum Boden sinkt, trotz der heiligen Stimme des Krüppels, der aus der Höhe sein Rur verzieht das Tringelbild“ erschallen läßt. Warum sieht hier die Menge und sieht atemlos den Selltängerhüpfenden zu? Ah habe ein wenig das Gefühl — eigentlich soll man nicht so leicht von seinen Mitmenschen denken — daß man gespannt darauf wartet, ob der Selltänger vielleicht mal herunterfallen möchte. ... Zur Rechten beifing eine Frau schauerliche Moritäten, die auf einer großen Plafartwand gemalt sind, die einzelnen Scharbegesichtern mit entprechendem Sinne mit einem Stod auf die Leinwand besagten. Sie lüft mit einer wahren Grabestimme, die ihr von den Weibern der armen Ermordeten diktiert zu sein scheint. Ah ich mit meinem Freund weiter durch die Hauptgasse, wo zur Rechten Karussels und Lustschaukeln stehen.

Möge man mit dem profanen Vergleich verzeihen, aber ich muß unwillkürlich an den guten alten Homer denken, wie er einen Hefissmaus des Schloßes bei Thebes empfing und Brantens auf befreit, als mit jetzt die vom Schmalgeruch der Pfannkuchenbüden geschwärmte Luft in die Nase steigt. „Lieblich“ duftet zwar dieses Fest nicht. ... Nachdem wir endlich auf dem großen Platz, wo die größeren Karussels stehen und sich das Hauptleben konzentriert, angelangt sind, machen wir vor der „Blauen Grotte von Venezuela“ halt. Jetzt treten vier „Schönheiten“ vor den Eingang und lassen die königlichen Mäde scheinbar verächtlich auf der sie anstauenden Menge ruhen. Sie haben Gewänder mit roten glänzenden Metallschuppen an, die Herr Severini zweifellos, falls er sie malen sollte, mit Weißzweiden aus rotem Metall wiedergäben würde. Die Sonne leuchtet gerade schön, und mein Freund knipst die interessante Gruppe schnell ab. Dann gehen wir weiter zum Nigger, der seine heißen Erdnüsse verkauft. Der Kerl verzieht sein Gesicht ausgezeichnet, denn sobald sich ein Neugieriger oder auch eine Donna naht, steckt er den Leuten ganz einfach seine Tüte in die Taschen und würde es als unerhöht empfinden, wenn er für diesen „Coup“ nicht seinen Groll bekäme — denn die Tüte nimmt er auf seinen Fall wieder an. Für eine Zigarre und das Verpackung, ihm kein Kontreier zu senden, läßt er sich geduldig freisprechen und zieht dazu die schönste Grimasse, die ich je gesehen habe. Im Hippodrom gibt's auch manch Nettes zu sehen, besonders eine „Donna“, die während des Reitens eine nach der anderen ihrer langen Sarandeln verliert, bis sich die funktlose Fritze in Wohlgefallen auflöst. Wir wenden unter Interesse nun den belebten Karussells zu. Schade für die Jugend: Das Fritze ist durch die zwei Hüter der Ordnung, die jeden „Jaungast“ unbarmherzig herunterweisen, sehr eingeschränkt und da, wie mein Freund beifing, nur lauter „junges Gemüde“ oben ist, haben wir kein Verlangen, dort anzubündeln. Für multitalente Leute gibt's eine angenehme Webratschung: sie können hier gleichgültig schwere und leichte Musik hören, denn während links auf dem Flugzeugkarussell das Musikwerk den „Einzugsmarsch aus Tannhäuser“ spielt, erklingt von rechts das Liebliche „Purpurn, du bist mein Augenturm“. Ah helle mein linkes Ohr auf den Tannhäusermarsch und mein rechtes auf das Puppentheater ein und glaube

nun eine herrliche futuristische Symphonie zu hören, die dem großen Marinetti Ehre machen würde. Darmer Wagner's erklänge würdige, daß die Luft mit Karussels erklingt, wobei ich dabei schon vor dem Augenblick, wo sämtliche Verlektäten der Welt Paradiesluft bringen werden. Noch ein anderer Großer muß herhalten: Oben am Karussell prangt Wäktins „Billa am Meer“ in schönster Richtigmanier — vom Erhabenem zum Unerhörlichen ist nur ein Schritt. Nachdem wir noch den „Rattenjäger“ getuppt haben, streben wir auf anderem Wege wieder dem Ausgangspunkt zu, um ein wenig den Redefiniten der sitzenden Händler zu lauschen. Da interessiert mich besonders einer, der immer wieder veründert: „Sie bekommen bei mir alles gratis, amsonst dabei, nur diese Briefstafel aus echt Bitternieder lassen Sie bezahlen, Sie sind unter Garantie verblüfft“ um. ... Die Zafel kostet eine Mark und man bekommt völlig „gratis amsonst“ dabei: eine echt goldene Karussell-Kommodie oder Präscher nebst echt goldener Kette nebst echt goldenem Band und Karabinerhaken, eine echt silberne Zigarettenpfeife, eine Schlippsack, ein Taschenmesser, eine Zigarettenbox, einen Notizblock, eine Schmirrtbürste, eine Lupe und noch zehn andere Dinge — alles für eine Mark. Ah meine, selbst der größte Geizhals muß hier in Verblümmung kommen. Schade, an manchen dieser Herren ist ein parlamentarisches Genie verloren gegangen. ... Bietet schon der ganze Jahrmarktstrudel bei Tage einem Meherange vielfältige Eindrücke, so noch mehr bei Abend, wenn in der Abendstunde die vielen Lichter und Lampen aufblümmen. Ueber der ganzen Atmosphäre liegt dann ein rötlicher Schimmer, die vielen aufsteigenden Dampfweilen sind von gelben Lichtern durchleuchtet und wenn man von einem erhöhten Punkte die kleine Meer von Lichtern, Flammen und aufsteigenden Dämpfen betrachtet, kann man bei einiger Phantasie denken, man läge das letzte Schwelen einer großen Feuersbrunst, die diesen Ort heimgesucht hätte. Hin und wieder flammen dann blümmend die grünen Lichter der Photographen auf. Das schönste luminarische Bild aber bietet der Bild durch die Hauptgasse auf das blendend helle ferne Karussell, an dem abwechselnd kleine rote oder violette

Ewald Mohr

Berlin, den 1. Juni. Die Delegiertenversammlung in Leipzig, die morgen, Sonntag, ihren Anfang nimmt, werden bedeutende Fragen zur Verhandlung kommen. Ohne Unterschied der Parteien werden sich die Delegierten der gemeinsamen Sache widmen. Es gilt es das Ansehen der nationalen Sache in diesem Sinne die Berücksichtigung des Auslandes durch ihre vertiefte Arbeit errungen hat.

Aus den Kommissionen des Abgeordnetenhanfes.

Die Fideikommisskommission des Abgeordnetenhanfes verhandelt am Freitag über eine Reihe von Anträgen, die in das Gesetz einen § 5a einfügen wollen mit dem Zweck, das

Bauernlegen

bei der Errichtung oder Erweiterung von Fideikommissen zu verhindern. Von der konservativen Seite wurde folgende Fassung vorgeschlagen:

Grundstücke, die zu einer kleineren oder mittleren Fideikommiss gehören oder in den letzten zehn Jahren gehört haben, dürfen weder zur Errichtung, noch zur Erweiterung eines Fideikommisses dienen, es sei denn, daß es sich um Erbschaftsgegenstände handelt. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie zu besonderen öffentlichen Zwecken erforderlich sind.

Dem Bezirksausföhrer ist von jeder beantragten Fideikommissbildung oder Fideikommissweiterung Nachricht zu geben. Er entscheidet endgültig, ob die Bestimmungen des ersten Absatzes widerspricht. Gemeinden, in denen das Fideikommissgrundstück liegt, sowie Nachbargemeinden des Fideikommissgrundstückes sind vom Bezirksausföhrer vor seiner Entscheidung zu hören.

Von Nationalliberalen, Konservativen, den Freikonservativen und dem Zentrum wurden Anträge mit dem gleichen Ziel in verschiedenen Fassungen vorgelegt. Nach längerer Erörterung, wobei sich Uebereinstimmung darüber ergab, daß dem Bauernlegen nach Möglichkeit entgegenzuwirken werden müsse, wobei aber Meinungsverschiedenheiten über die zu wählende Fassung und die Zulassung etwaiger Ausnahmen hervortraten, wurde beschlossen, eine Subkommission einzusetzen, die in Verbindung mit Regierungsvertretern über eine der Kommission vorzulegende Fassung verhandeln soll.

Die §§ 6-8 wurden ohne wesentliche Debatte in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

§ 9 bestimmt, daß zur Errichtung des Familienfideikommisses außer dem Stiftungsgeschäft die Genehmigung des Königs erforderlich ist. Dem Zentrum wie von fortschrittlicher Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob es angezeigt sei, das Erfordernis der königlichen Genehmigung zu verlangen. Diese Genehmigung entspricht weder der staatsrechtlichen Stellung des Monarchen, noch dem Charakter der in Frage kommenden Rechtsinstitution. Vom Vertreter der Regierung wie von konservativer und freikonserverativer Seite wurde die Befreiung der königlichen Genehmigung für notwendig erklärt, u. a. mit dem Hinweis darauf, daß die parlamentarische Kontrolle eingeschränkt werden müsse. (1) Es wurde andererseits hervorgehoben, daß die königliche Genehmigung ein Regierungsakt sei und der Genehmigung der verantwortlichen Minister bedürfe. § 9 wurde unbeschadet davon angenommen. Die §§ 10-12 wurden ebenfalls in der Fassung des Herrenhauses unverändert angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.

Die Kommunalabgabengesetzkommission des Abgeordnetenhanfes legte Freitag die Beratung über § 44 fort. Von konservativer Seite wurde eine andere Regelung der Besteuerung des Einkommens aus fiskalischen Domänen und Gärten angeregt, da die jetzige Art für die Gemeinden Härten enthielt. Da aber die Regierungsvertreter über diese Frage nicht genügend informiert waren, wurde die Verhandlung auf die 2. Lesung vertagt. Bei § 44a wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, das Einkommen der Bergwerke und sonstigen gewerblichen Betriebe des Staates von den zuständigen Ministern nach den für die Veranlagung der Staatseinkommensteuer geltenden Vorschriften unter Berücksichtigung der Höhe der Zinsen des jeweiligen Anlage- und Erwerbkapitals, soweit diese durch Anleihe beschaffen sind, feststellen und öffentlich bekannt machen zu lassen. Bei § 47 entwickelte sich eine lebhafteste Debatte über die von dem konservativen und konservativen Seite beantragte Forderung, daß die Einkommensteuer für die in anderen deutschen Bundesstaaten in der G. m. b. H. gegen den Antrag erklärte sich die Regierung, indem sie auf die Vielgestaltigkeit der Verhältnisse hinwies. Die fortschrittliche Volkspartei beantragte einen Zusatz, wonach die Freisteilung nur erfolgen soll, wenn und soweit die Gegensteilung durch Staatsverträge gewährleistet ist; die bloße Annahme des freikonserverativen Antrages führe besonders in den Grenzgebieten dazu, daß die G. m. b. H. in nicht preussischen Städten errichtet würden, da in diesem Fall die Anteilseigner frei sein würden. Der fortschrittliche Antrag wurde abgelehnt, der freikonserverative angenommen. Eine weitere Erörterung bezog sich auf den Absatz c des Paragraphen, wonach bei der Verteilung des gemeindeeigenen Vermögens Einkommens aus Einkommen des Verwaltungs- und Betriebspersonals ausgeschlossen sind. Ein nationalliberaler Antrag wurde angenommen, wonach nur die von dem Gemeindefiskus beschriebenen Antiklenen freibleiben. Auf Antrag des Zentrums wurde in den Beratungen des Arbeitsausschusses wegen und um der Arbeitsstelle näher zu sein, Aufenthalt nehmen, zu den Gemeindesteuern nicht herangezogen werden dürfen, wenn sie in einer anderen Gemeinde des deutschen Reichsgebietes einen Wohnsitz haben. Bei der Festsetzung, daß jemand mehrere Wohnsitz hat, werden nach einem von der Kommission angenommenen Zentrumsantrag Wohnsitzgemeinden, in welchen der Steuerpflichtige oder Angehörige seiner Familie sich im Laufe des vorausgehenden Rechnungsjahres überhaupt nicht oder kürzere Zeit als einen Monat aufgehalten haben, nicht mitgezählt. Der § 50a, wonach bei der Einschätzung eines Teileinkommens der Steuerzins auf denjenigen Teil des Gesamteinkommens festgesetzt wird, welcher dem Verhältnis des Teileinkommens zum Gesamteinkommen entspricht, für Steuerpflichtige, welche der Staatseinkommensteuer nicht unterliegen, der Steuerzins nach der Höhe des Teileinkommens berechnet wird, wurde angenommen und die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Die Grundtillungsgeheimnisse des Abgeordnetenhanfes letzte Freitag die Spezialberatung über das

Vorkaufsrecht

fort. § 12 wurde in folgender Fassung angenommen: Zur Förderung der inneren Kolonisation und zur Erhaltung einer den gemeinwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Grundverteilung wird die Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen durch folgende Vorschrift beschränkt: Die Veräußerungsbeschränkungen bedürfen zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung.

Durch diese Fassung ist das Vorkaufsrecht auf die ganze Monarchie ausgedehnt. Ein Antrag, die §§ 10 bis 12 a) p) o) r) a) u) s) e) m) m) e) n) zu ändern, wurde angenommen. Durch die auf Grund eines freikonserverativen Antrages beschlossene Einfügung über die gemeinwirtschaftlichen Interessen soll das Vorkaufsrecht auch zur Erhaltung der jetzigen Vertheilung, also zur Verhinderung des Aufstieges bäuerlicher Betriebe dienen. Eine längere Diskussion entspann sich über die grundlegenden §§ 13 und 14. Hierzu lag ein konservativer Antrag vor, das Vorkaufsrecht schon bei 5 Hektar Land eintreten zu lassen. Die Volkspartei beantragte, das Vorkaufsrecht erst bei 250 Hektar eintreten zu lassen und führte zur Begründung aus, daß dadurch den Bedürfnissen der inneren Kolonisation in vollem Umfange genügt würde. Der konservative Antrag wurde mit 10 Stimmen angenommen, damit war der fortschrittliche Antrag gefallen. Der letzte Absatz dieser Bestimmungen der Regierungsvorlage wurde durch folgende Fassung ersetzt:

Der Staat kann das Vorkaufsrecht auch zugunsten von Kommunalverbänden, gemeinnützigen Anstaltsgesellschaften oder ähnlichen Vereinigungen ausüben.

Durch die von der Kommission beschlossene Fassung des § 13 ist das Vorkaufsrecht sehr wesentlich ausgedehnt worden, durch die Fassung des § 14 aber ist wieder eine sehr starke Einschränkung vorgenommen. Hier wurde ein konservativer Antrag angenommen, der bestimmte, daß nur diejenigen Grundstücke unter das Vorkaufsrecht fallen, die weniger als 10 Jahre in derselben Hand sich befinden. Ein fortschrittlicher Redner führte aus, daß man dem konservativen Antrag nicht beitreten könne, weil damit den Zielen der inneren Kolonisation in Wirklichkeit nicht gedient würde. Wenn man nur die sogenannten waldigen Güter unter das Vorkaufsrecht stelle, so würde es gerade da, wo die innere Kolonisation notwendig sei, an dem nötigen Land fehlen, der ganze Zweck des Gesetzes würde daher auf diese Weise nicht erreicht, sondern nur das Odium des Vorkaufsrechtes auf 87 Prozent des Grund- und Bodens ausgedehnt, es aber für die innere Kolonisation so gut wie unwirksam gemacht werden, da erfahrungsgemäß die „waldigen Güter“ nur in seltenen Fällen für die Zwecke der inneren Kolonisation brauchbar seien. Die §§ 15 und 17 wurden mit einer aus den beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen bestehenden Mehrheit angenommen. Die Kommission vertagte die Weiterberatung auf Dienstag.

Die Fideikommisskommission des Abgeordnetenhanfes trat Freitag in die Spezialberatung des Gesetzentwerfes ein, nachdem in der gestrigen Sitzung die Generaldebatte erledigt worden war. Der erste Absatz betrifft „allgemeine Vorschriften“ über Küstengewässer und Binnengewässer, geschlossene und offene Gewässer. Auf Antrag des Referenten wird bei der Beratung des § 1 die Einfügung einer Subkommission beschlossen, welche das Verzeichnis der Küstengewässer nachprüfen soll. In § 2 wird der Begriff des „geschlossenen“ Gewässers festgelegt. Die Beratung und Abstimmung über § 2 wird bis zur Beratung des § 30 ausgesetzt, um den Parteien Zeit zur Stellung von Anträgen hierzu zu geben. Der § 3 bezweckt, offene Gewässer im Interesse der Förderung der Fischzucht zu geschlossenen Gewässern zu erklären. Daburh können andere Fischereiberechtigter geschädigt werden. Zur Frage des Schadenersatzes in solchen Fällen wurde von den Regierungsvertretern ausführliche und aufklärende Darlegungen gegeben. Im Hinblick auf die Schadenersatzansprüche wurde von einer Seite das Wasser als ein amorphes, von anderer Seite dagegen als ein kristallines betrachtet. Nächste Sitzung Dienstag.

Albanien appelliert an die Großmächte.

Der albanische Gesandte in Wien Sureza Bey veranlaßt einen Appell an die Großmächte, in welchem er auf die dem Staate Albanien drohenden Gefahren hinweist. Er führt dann in der Erklärung fort:

Europa hat passiv zugehört, daß der neue Staat, den es geschaffen hat, durch fremde Agenten gewissenloser Art gerade in jener Zeit zerstört worden ist, in der die Fundamente des neuen Staatsgebietes geschaffen werden sollten. Es hat ruhig und geduldig zugehört, wie das in die Hände der Agenten, Besetzungsgescher, Waffen und Munition nach Albanien geschickt hat, um eine irreführende Bevölkerung einen blutigen Krieg gegen den von Europa entsandten Fürsten und die von Europa beschlossene Ordnung beginnen zu lassen. So ist es dazu gekommen, daß alles, was in Albanien geschaffen worden ist, in die größte Gefahr geriet. Die europäischen Großmächte haben nacheinander die Pflicht, ihr eigenes, mühsam aufgewandenes Wert vor der Vernichtung zu schützen! Sie dürfen nicht zugeben, daß der Fürst, den sie Albanien gegeben haben und der auf seinem richtigen Posten mit bewundernswürdigem Mut antritt, ein Opfer seiner dankseligen Gemalten wird, die die Händer des gegenwärtigen Aufstandes sind. Europa hat vor der Weltgeschichte aus seiner Passivität herauszutreten und dem Fürsten militärische Hilfe zu gewähren. Wenn in Durazzo angelegt der Kriegsschiffe Europas eine Katastrophe eintreten würde, die die europäischen Truppen hätte verhindern können, so wäre das nicht nur eine unheilbare Wunde für das Ansehen der europäischen Großmächte, sondern auch eine unauflösbare Schmach.

Hat er ganz unrecht, dieser Sureza Bey? Inzwischen wird es um Durazzo düsterer. So darf man wohl aus der folgenden Nachricht schließen:

Die Kommandanten der österreichisch-ungarischen und der italienischen Kriegsschiffe vor Durazzo haben die Ermächtigung zum Gebrauch der Schiffsgeleise erhalten, falls die Aufständischen in die Stadt eindringen sollten. Am Freitag war aber bis zum Nachmittag alles ruhig.

Indessen, dem Fürsten stehen auf Büchsenkugelnweide Kroben die Rebellen gegenüber, und wer wird ihm helfen?

Aus der Umgebung des früheren albanischen Hofzars Dr. Bezgajen hört man, daß weitere italienische Offiziere mit Major S. u. s. u. dem früheren Kommandanten von Durazzo, am Sonntag in Köln eintreffen und alsbald abreisen werden. Auf Eschad Pascha taucht wieder auf. Wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ aus P. i. u. e. gemeldet wird, soll dort Eschad Pascha gefangen worden sein. Er soll sich nach Durazzo eingeschifft haben. (? Die Reb.)

Deutsches Reich.

Neubesetzung des Reichsamts des Innern

M. p. Die Umbildung eines die monatlichen Urlaubs für den Staatssekretär des Reichsamts des Innern wird in Bundesratsstellen nur als Vorkäuflicher seines Ausscheidens aus dem Reichsdienst angesehen. Als Vorkäuflicher nachfolgend wird mit größerer Bekanntheit der preussische Landratspräsident Minister Freiherr v. Schorlemer-Lieser bezeichnet und seine Ernennung zum Staatssekretär für die — auch sonst wohl absehbares reichsamtliches, preussisches und diplomatisches — Reintreten bringende Kieler Woche vorausgesetzt.

Man will wissen, daß die in neapolitanische Neuorientierung eine schärfere Tonart der radikalen Linien gegenüber einleiten soll.

Daß Staatssekretär Delbrück gewissen Kreisen ein Dorn im Auge ist, ist eine Tatsache, die man gar nicht mehr bemängelt. Schon, als der Gegensatz zwischen Delbrück und Dallwitz besonders akut war, und der Staatssekretär anfügte: „Galt die Einzelstaaten nicht auf dem Gebiete der Wohnungsgelegenheit vorgehen, wird das Reich die Sache in die Hand nehmen.“ ließ man alle Mienen springen, um ihn zu besänftigen. Der Grund allerdings lag tiefer. Er lag in der Absetzung des Staatssekretärs, ein Sondergesetz gegen das Streiklosgewerkschaften einzubringen und überhaupt Ausnahmemaßnahmen, die ihren Zweck verfehlen, die Hand zu bieten und damit der Sonderbestimmung Desperado-Politik, die auf eine Reichstagsauflösung hinarbeitete, die Wege zu ebnen.

Damals mißfiel die Besetzung Delbrücks. Herr von Dallwitz fiel bei nächster Gelegenheit die Treppe herauf und zog ins Statthalterpalais in Strassburg ein. Als aber Herr v. Dallwitz ging, da wählte man in eingeweihten Kreisen in Berlin auch schon, daß Herr Delbrück nach einer kurzen Schonzeit gleichfalls seinen Platz räumen muß. Die Schonzeit ist vorbei und der Staatssekretär fällt augenscheinlich nicht, wie der frühere Polizeiminister Preussens, die Treppe in die Höhe. Gutem Vernehmen nach ist für Cz. Delbrück die Vertretung einer Ehren-Domherrnhalle in Aussicht genommen. Damit ist er kaltgestellt, mit einer Prüfte abgefunden.

Im Wahlkreis Babian-Weßlau beginnen die Konventionen, kaum daß sie einen Kandidaten gewonnen haben, schon wieder mit einer ungehörigen Beeinflussung der Wähler. Der konservativen Kreisverein Weßlau hat unter dem 15. Juni, an die Herren Parteimitglieder des konservativen Kreisvereins Weßlau, folgendes Schreiben gerichtet:

„Hierdurch bitte ich Sie höflichst, gestatten zu wollen, daß Ihr Name unter den demnächst zu veröffentlichen Wahllisten geführt wird. Sofern Sie nicht umgehend ablehnen, werde ich annehmen, daß Sie mit der Verwendung Ihres Namens im obigen Sinne einverstanden sind. Hochachtungsvoll. Der Vorsitzende: Boigt.“

Das Schreiben ist in großen Mengen besonders an Beamte und Geschäftsleute gegangen. Wie die „Weßlauer Zeitung“ mit Recht hervorhebt, werden es nur wenige sein, die darauf eine Antwort geben, einmal, weil sie im abzulehnen Falle ganz sichtlich in trassierter Weise bontortiert werden würden, zum andern aber auch, weil sie es nicht für nötig halten, angelegte solcher Wahltricks noch Geld für Worte auszugeben. Ihr Name wandert also in die Liste der konservativen Wähler, ohne daß sie es wollen. Die Konventionen können nachher mit den Unterschriften renommieren, und durch die Autorität der Namen schwärmende Wähler für sich einfangen.

Amliche Vorarbeiten für die deutsche Rheinmündung. Auf der unter Vorhild des Unterstaatssekretärs Frisch veranlassierten Tagung des „Vereins Deutsche Rheinmündung“, Frankfurt a. M., gab der Geschäftsführer Dr. Coppius von einem Schreiben des Ministers der öffentlichen Arbeiten Kenntnis, nach dem ein im Ministerium beschäftigter Regierungsbaumeister beauftragt ist, die Arbeiten zu prüfen, die es sich für die Deutsche Rheinmündung vorzunehmen und besonders zu unterlassen, inwieweit diese der bisherigen Rheinischheit gleichwertige oder überlegene Schiffahrtsverbindungen schaffen kann. Außerdem läßt der Landwirtschaftsminister die etwaigen Kürtwürden einer solchen Wasserstraße auf die Landesnatur und der Sanitätsminister die Bedeutung der Wasserstraße für die von ihr durchschnittenen Tonnisensteinlager prüfen.

Parteinachrichten.

Dr. Albert Bürklin, Wirkl. Geh. Rat, Eggellen, Generalintendant a. D., ein Vorkämpfer der nationalliberalen Partei, vollendet heute in Körperlicher und geistiger Hinsicht sein 70. Lebensjahr. In dem Reichstag trat er 1877 ein, erst für den Wahlkreis Freiburg, dann von 1884 bis 1890 für Neubad-Baden. 1893-95 bekleidete Dr. Bürklin das Amt des 2. Vizepräsidenten. Als Mitglied der 1. badischen Kammer und deren Vizepräsident und als Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei setzte Dr. Bürklin seine politische Tätigkeit fort.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser begab sich Sonnabend früh 6 Uhr 40 Min. mittels Kraftwagen zur Waldenader Seite zur Beschäftigung des königlichen Mannen-Regiments (1. Hannoverisches) Nr. 13. Die Beschäftigung begann um 7 Uhr bei schönem Wetter.

Ein Besuch der Königin von Griechenland beim Kaiserpaar in Stoblen. Von K. u. K. wird gemeldet: Die Königin von Griechenland und ihre beiden Töchter, die sich zuerst in dem englischen Seebade Galtmore aufhalten, werden sich nach ihrer Rückkehr von dort auf etwa drei Tage zum Besuche des Kaiserpaars nach Potsdam begeben und kehren dann wieder nach Stoblen zurück. Nach Potsdam wird, wo sie mit dem König von Griechenland zusammen-

weisen. Die griechische Konsulatsfamilie verbleibt dann bis nach dem Kaisermandat auf Salos Friedhof.

Ausland.

Das Wahlweib Panthurst hat gegesigt!

England bezeichnet ein neues Wunder: Das Wahlweib Panthurst hat es durchgesetzt, mit einer Abordnung der Wahlweiber vom Ministerpräsidenten Asquith empfangen zu werden. Damit triumphiert Frau Sophia Panthursts Ausdauer über die Hartnäckigkeit des Premierministers Asquith. Frau Panthurst, die am 16. Juni verhaftet wurde, als sie sich auf einer Tournee an der Spitze des Suffragettenzuges nach dem Unterhaus begeben wollte, mußte (wie so und warum man sie nicht einfach zwangsweise entführte, begreift ein Deutscher wohl kaum! D. Red.) am Donnerstagabend nach einem Hunger- und Durststreik aus dem Holloway-Gefängnis entlassen werden. Zuerst wurde sie in ein Wohnungsheim im Osten Londons gebracht, aber gegen ihre Erklärung, sich nach ihrer Freilassung von neuem zum Parlament zu begeben, fuhr sie in einem Automobil nach Westminster. Dort hatte sich bereits, nach der „B. Z.“ eine große Suffragettenmenge eingefunden. Frau Panthurst fuhr durch das St. Stephens-Fortale ins Parlament. Nach kurzer Zeit ergriff Mr. Keir Hardie, der ihr erklärte, daß es ihm nicht gelungen sei, den Premierminister zu bewegen, sie zu empfangen. Frau Panthurst beschloß hierauf, den Hungerstreik vor Westminster fortzusetzen. Sie wurde von ihren Anhängerinnen aus dem Wagen gehoben und in der Nähe des Einganges zum Parlament niedergelegt. Die Polizei schritt nicht gegen sie ein, sondern drängte nur die überleitigen Suffragetten, die den Wagen umgaben, zurück. Das Bild einer für Hunger liegenden Suffragette vor dem Tore des Parlamentsgebäudes führte endlich das Herz des Premierministers (!). In seinem Namen erließ Lansbury und steckte ihr mit, daß der Premierminister sich bereit erklärt habe, eine Abordnung der Suffragetten zu empfangen. Frau Panthurst fuhr hierauf im Automobil nach Hause, begleitet von ihren Frauen und unter dem Andauergeräusch einer gahlreich zusammengetauschten Weibermenge.

Die türkische Antwort an Griechenland.

Paris, 20. Juni.

Der Athener Berichterstatter des hiesigen New York Herald meldet, Venizelos habe ihm erklärt: Die Antwort der türkischen Regierung auf die griechische Note rufe den Eindruck hervor, daß die Worte von guten Absichten besetzt ist. Jedenfalls zeigen schon die von der türkischen Regierung in Kleinasien getroffenen Maßnahmen, daß unsere Beschwerden und Forderungen berücksichtigt waren. Es kann sich also nicht um bedeutungslose Zwischenfälle handeln, wie die türkische Regierung glauben machen will. Venizelos hofft, daß die Verfolgung seiner Landsleute bald ein Ende nehmen werde. Auch die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge, über die die türkische Antwort schweigt, müsse geregelt werden, damit wieder gute Beziehungen zwischen beiden Ländern eintreten könnten.

Die Friedensverhandlungen in Niagara Falls.

Die Verhandlungen zu Buffalo mit den Vertretern Carzangas über die Wahl eines provisorischen merikanischen Präsidenten waren abgebrochen worden, da die Vertreter Carzangas darauf bestanden, den Präsidenten aus ihren Reihen zu nehmen, während die Vertreter Huertas dies abgelehnt und das Verhalten der Vereinigten Staaten abfällig beurteilt hatten, die ihnen die Annahme dieser Bedingung zugemutet hatten. Die amerikanische Regierung gibt jetzt eine Erklärung heraus, in der sie ihre Ansicht wiederholt, daß die Einsetzung eines Präsidenten aus den Reihen der Unabhängigen das einzige Mittel sei, das den Feindseligkeiten ein Ziel setzen und weiteres Blutvergießen verhindern könne.

Diese Erklärung wird aufgeführt als Beleg für eine unaufberliche und unnochgebige Haltung der Vereinigten Staaten in den ferneren Unterhandlungen.

Kaiser Franz Josef in Nizza. Kaiser Franz Josef wird schon am 26. d. Mts. seine Sommerreise nach Nizza antreten. Das Gefolge des Kaisers wird diesmal größer sein als in den letzten Jahren, und zwar werden der Vorkant der Militärkanzlei Hofrat, der Hofkapellmeister Seidel und ein Offizier der Militärkanzlei des Kaisers händig in Nizza anwesend sein. Der Kaiser wird größere Jagdausflüge und Hirschschießen unternehmen, wozu die Vorbereitungen bereits getroffen werden.

Der König von Montenegro fuhr aus Italien durch Tirol nach Frankfurt a. M. Zur Sicherung der Bahnstrecke waren besondere Vorkehrungen getroffen worden.

König Ferdinands ferliches Abenteuer. Auf die Meldung aus Sofia hin, daß ein Schafner auf der Durchfahrt des Königs von Bulgarien durch Serbien in den Wagen des Königs eingedrungen sei, hat die Regierung in Belgrad die strengste Untersuchung angeordnet, deren Ergebnis veröffentlicht werden soll. Der Schafner wird bestraft werden, wenn ihm ein Verbrechen zur Last fällt.

Jaurès hat den ersten parlamentarischen Vorstoß gegen das neue französische Ministerium Viviani unternommen. Von Jaurès und 118 Mitgliedern der Arbeiterpartei ist ein Antrag an die Kammer gegangen auf gefühlvolle Wiedereröffnung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich.

Zur Begründung des englischen Gesetzweders in Romal ist das gesamte Dumaparlament nebst 35 Deputierten nach Romal abgefahren. Die Verhandlungen gingen unter der Leitung des Marineministers mit Saffonov voraus und der Jar sprach das letzte Wort. Der diplomatische Charakter dieser Begründung durch die Deputierten wird besonders dadurch unterstrichen, daß alle Mitglieder des Präsidiums daran teilnahmen.

Offizielles Ende des Kriegszustandes in Syrien. Der König von Italien unterzeichnete einen Erlass, demzufolge die in Tripolis stationierten Truppen mit Ausnahme der in Fezzan vom 1. Juli ab als nicht mehr im Kriegszustand befindlich gelten.

China verzichtet nicht auf die Mongolei. Im Palast des Präsidenten Yuanhschikai zu Peking fand eine Konferenz hochgestellter Mongolen und Chinesen statt. Es wurde beschlossen, die kaiserliche Familie solle den Hututu von Urga telegraphisch erklären, die Unabhängigkeitserklärung zurückzugeben. Präsident Yuanhschikai entsand Vertreter nach Urga, die den Hututu überreden sollen, der Wiedervereinigung mit China zuzustimmen. Der Hututu von Urga verhandelt mit Rußland wegen einer Anleihe in Höhe von einer halben Million Rubel.

Die beleidigte Remonte-Kommission.

Berlin, 19. Juni.

Die Aussage des Stallmeisters Wöb, der zuerst verurteilt wurde, ließ den Gehül zu, daß die Firma Sandelowski u. Radmann bei den Remontearbeiten stark benachteiligt worden ist. Es kam u. a. dabei zur Sprache, daß die Firma aus ihrem Pferdebestand an einige kleine Züchter Pferde abgegeben habe, die dann von jenen Mittelspersonen als

Protest der eigenen Zucht

der Remontekommission vorgeführt und angekauft wurden. Die Verteidiger Dr. Saaje und Dr. Heinemann wiesen darauf hin, daß dadurch der Ansehen erwehrt werden sollte, als bevorzuge man bei dem Ankauf nicht die Händler, sondern die Züchter. — Der Buchhalter Sieb von der Firma E. u. R. bekundete, ihm sei nicht bekannt, daß Major von Hundstedt Vorteile von der Firma gehabt habe. Die Frage, ob dem Vorgänger des Majors u. R., dem Oberleutnant Haaf bezw. dessen Sohn Pferde gegeben worden seien, verneint der Zeuge. Er antwortet oft ausweichend, so daß die Befundungen mißfällig aus ihm herausgeholt werden

müssen. Bezüglich der Buchführung bei den Geschäften mit dem Oberleutnant Haaf scheint der Zeuge andeuten zu wollen, daß in einem älteren, jetzt nicht mehr vorhandenen Buche

ein Konto des damaligen Majors Haaf

geführt worden sei. Das Buch ist nicht mehr vorhanden. Hierauf wird der Pferdehändler Bernhard Radmann vernommen. Auch er antwortet recht flüchtig und ähgernd, bestritt aber entschieden, daß an Oberleutnant Haaf, der zu jener Zeit noch Major war, Pferde veräußert worden seien. Wiederholt nach dem Verbleib des älteren, jetzt nicht mehr vorhandenen Geschäftsbuches befragt, erklärt der Zeuge: Wir haben keine Geschäftsbücher, brauchen daher solche Bücher nicht aufzubewahren! — Im Gegenjatz zu dem Buchhalter Sieb bestritt Radmann, daß ein „Konto Haaf“ existiert habe. — Vorj.: „Haben Sie die älteren Bücher vernichtet, um etwas zu verdecken?“ — Zeuge: „Nein. Die Bücher sind zerissen aber sonst was. Wir brauchen sie nicht aufzubewahren.“ — Wenn schwierig gestaltet sich die Vernehmung des Kompagnons, Pferdehändlers Sandelowski. Der Zeuge ist über die Intervenierten Verhältnisse des Geschäfts auffallend schlicht insofern. Auf absehbare Fragen erklärt er immer wieder: „Das war nicht meine Sache“, — „das muß der Buchhalter wissen“, — „darum habe ich mich nicht gekümmert!“ usw. Ein Konto Haaf habe es nicht gegeben, ob die Geschäfte mit Haaf gebüßt worden seien, wisse er nicht. Es sei aber „alles eract zugegangen.“ Die Bemühungen, der Verteidiger, in die Geheimnisse der Buchführung von Sandelowski u. Radmann einzudringen, bleiben größtenteils erfolglos. Wo das alte Buch geblieben sei, könne er, Sandelowski, wirklich nicht sagen. Major v. Hundstedt habe keinerlei Vergünstigung bei der Firma gehabt. — Vorj.: „Sie wissen doch, daß sie nach dem Handbuchsgehuch die Bücher zehn Jahre aufbewahren müssen?“ — Zeuge: „Das war bei uns nicht nötig.“ — Bert. R. A. Saaje: „Sie haben doch geschäftliche Prozesse geführt! Und wie war es mit der Steuerrechnung und der Auseinanderjehung mit ihrem Sojus?“ — Zeuge: „Wenn die Geschäfte nicht eingetragen wurden, haben wir das Geld sofort geteilt. Waren es Geschäfte, die eingetragen wurden, la haben wir

mit den Buchungen gewartet bis zum Jahresjchluß.“

Vorj.: „Das ist doch gar nicht möglich!“ — Auf weitere viele Fragen der Verteidiger antwortet der Zeuge meist mit einer Gegenfrage, aus der nichts zu entnehmen ist. Die Zahl der für die Militärverwaltung gelieferten Pferde befreit der Zeuge a auf 1000 Stück. Des weiteren bleibt der Zeuge dabei, daß Major v. Hundstedt und Major Haaf die von ihnen für persönliche Zwecke entnommenen Pferde stets regulär bezahlt hätten. Major Haaf habe gewöhnlich pro Jahr drei Pferde gekauft. — R. A. Saaje: „Während der zehnjährigen Anwesenheit in Königsberg also hätte Major Haaf insgesamt 30 Pferde für sich gekauft?“

Da der Zeuge bei anderen Fragen immer wieder versichert: „Das weiß ich nicht!“ weist der Vorstehende darauf hin, daß ein Zeuge nichts verschweigen dürfe und daß auf Meinedt Achtung zu stehe. — R. A. Heinemann stellt darauf einen Widerspruch des Zeugen in seiner eigenen Aussage fest, und Staatsanwaltstaatsrat Topfer bemerkt: „Das ist doch keine Art vor Gericht aufzutreten!“ — R. A. Haac beantragt, die Geschäftsbücher der Firma zu beschlagnahmen. Das Gericht beschließt, die Bücher telegraphisch einzufordern. Außerdem wird beschloffen, den Oberleutnant Haaf telegraphisch als Zeuge zu laden.

Verantwortlich für den vollständigen Teil: Stegried Dgd; für den dritten Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Sandel: Eugen Brinmann; Beilagen, Bericht, Bericht: Dr. Karl Saaje; für den Anzeigenteil: Albert Barck; Druck und Verlag von Otto Wendt, sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einwendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung“, nicht an die Adressen einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten —

Für Bad und Reise.

Bade-Mäntel

weiss u. farbig
10⁵⁰ 8²⁵ 5⁵⁰ 4⁰⁰ 3⁵⁰

Damen-Strand- u. Autohauben

aus Leinen oder Seide, aparte Neuheiten
3⁹⁵ 3⁵⁰ 2⁷⁵ 2⁵⁰ 1⁷⁵

Loden-Kostüme

in Sportfassons m. Gürtel u. aufgesteppten Taschen
42⁰⁰ 37⁵⁰ 32⁰⁰ 27⁵⁰ 22⁵⁰

Strümpfe

für Damen, schwarz und farbig
1³⁵ 1⁰⁰ 75 53 40 Pl.

Bade-Handtücher

weiss u. bunt
1²⁰ 95 75 60 35 Pl.

Damen-Reise-Hüte

flotte schicke Fassons
7⁵⁰ 6²⁵ 4⁵⁰ 2⁹⁵ 1⁵⁰

Loden-Röcke

in Sportfarben mit Strippe zum Hochknöpfen
15⁵⁰ 11⁵⁰ 9⁵⁰ 7⁷⁵ 5⁵⁰

Handschuhe

für Damen und Herren
1²⁵ 85 68 55 28 Pl.

Bade-Laken

weiss und bunt, für Damen und Herren
7⁷⁵ 5⁷⁵ 4⁷⁵ 3⁰⁰ 2³⁵

Bade-Anzüge

für Herren
3⁰⁰ 2⁷⁵ 2²⁵ 1⁷⁵ 1⁵⁵

Loden-Capes

in oliv und grau mit Capouchon, 130 cm lang.
17⁵⁰ 14⁷⁵ 12⁵⁰ 9⁷⁵ 7⁵⁰

Schiller-Kragen

mit Serviteur für Knaben und Herren
1⁰⁰ 90 85 75 Pl.

Bade-Anzüge

für Damen aus Trikot oder Kattun
4²⁵ 3¹⁰ 2²⁵ 1⁶⁰ 1⁰⁰

Bade-Anzüge

für Kinder
1⁶⁵ 1³⁵ 1⁰⁰ 80 60 Pl.

Loden-Mäntel

mit aufgesteppten Taschen und Kapuze
25⁵⁰ 22⁵⁰ 19⁵⁰ 15⁷⁵ 13⁵⁰

Sport-Hemden

mit Schillerkragen für Knaben u. Herren
3⁵⁰ 2⁵⁰ 2¹⁵ 2⁰⁰ 1⁶⁵

Geschäftshaus

J. LEWIN

-- Halle a. d. S. --
Marktplatz 2 u. 3.

Cröllwitzer Actien-Papierfabrik.

Die immer wiederkehrenden Klagen einer Anzahl hallischer Einwohner über zeitweise in der Stadt auftretende Gerüche der Cröllwitzer Papierfabrik (C. P.) haben beim Publikum vielfach ganz irrige Ansichten über den Betrieb der Papierfabrik sowie über die Maßnahmen, welche seitens der Verwaltung zur Beseitigung der Gerüche getroffen wurden, hervorgerufen. Die vielfach aufgestellte Behauptung, die C. P. habe bisher fast nichts zur Abstellung des Übelstandes getan, beruht auf einer völligen Entstellung der Tatsachen. Andererseits zeigt die aufgeworfene Frage, weshalb denn die Ammendorfer Papierfabrik nicht ebenso lästig falle, wie wenig Kenntnis im allgemeinen über die verschiedenen Herstellungsmöglichkeiten von Papier vorhanden ist.

Um irrigen Meinungen zu begegnen, sieht sich die Verwaltung der C. P. veranlaßt, der Öffentlichkeit zur Aufklärung folgendes zu unterbreiten:

Die Herstellung von Papier ist an sich geruchlos, doch ist mit der Bereitung des Rohstoffes für die Papierherstellung unter Umständen die Entstehung von Gerüchen verbunden. Man unterscheidet bei der Rohstoffherzeugung in der Hauptsache zwei Systeme, nämlich das Sulfit- und das Sulfat-Verfahren. Papierfabriken, die sich ihren Rohstoff aus Holz nach dem Sulfitverfahren herstellen, können Geruchbelästigungen neuerdings fast ganz vermeiden; diejenigen Fabriken jedoch, welche nach dem Sulfatverfahren arbeiten, haben in dieser Beziehung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Papierfabriken der Provinz Sachsen, die feinere Papiere (holzfremde Papiere) herstellen, z. B. Cröllwitz und Weißenfels, sind ihrer örtlichen Lage nach darauf angewiesen, als Rohmaterial **Stroh** zu verarbeiten. Stroh kann aber rationell nur nach dem **Sulfatverfahren** zu einem für die Papierfabrikation geeigneten Rohmaterial umgewandelt werden; das **Sulfitverfahren** ist dafür nicht anwendbar, so daß alle die Fabriken, die der Landwirtschaft große Strohmassen abnehmen, gezwungen sind, einen Betrieb zu führen, der von jeher den Übelstand an sich hat, unangenehme Gerüche zu verbreiten. Die Ammendorfer Papierfabrik, die in der Hauptsache Zeitungspapier herstellt, verarbeitet dagegen nur Holz. Dieses wird dasselbe aber nicht chemisch behandelt, sondern nur mechanisch auf Schleifsteinen geschliffen; Gerüche können infolgedessen hierbei nicht entstehen.

Der von der C. P. verbreitete Geruch entsteht also bei der Herstellung des Strohstoffes, und zwar bei der Aufarbeitung der Ablaugen. Diese Ablaugen kann man nicht in den Fluß ableiten, und zwar

1. weil dieses sehr unrationell sein und
2. weil man durch sie die Saale stark verunreinigen würde.

Die Endlaugen werden vielmehr in geeigneten Apparaten (Verdampfkörpern) eingedickt, in dem sogenannten Drehofen bis zur Trockenheit konzentriert und schließlich im Schmelzofen eingeschmolzen, wobei die restierenden Chemikalien wiedergewonnen werden. Die Gase, welche bei diesem Wiedergewinnungsprozeß entstehen werden nach Vorschrift der Behörden durch geeignete Vorrichtungen einem **Verbrennungsprozeß** ausgesetzt, durch Berieselung mit Wasser gewaschen und gehen schließlich unter die Kesselfeuerungen und damit in die Fabrik-Schornsteine.

Die bei dem Verdampfungs-, Eindickungs- und Schmelzprozeß sich bildenden überreichenden Gase werden aber durch die bisher bekannten Methoden nicht restlos vernichtet; es ist auch trotz jahrelanger Arbeit nicht gelungen, ein zweckentsprechendes Verfahren zu finden, so daß leider nach wie vor, und zwar wie zugegeben werden muß, nicht ganz unberechtigte Klagen über periodisch auftretende Gerüche erhoben werden.

Besonders sind es die mit Beginn des Frühjahrs vielfach auftretenden Nordwestwinde, die den Rauch der Fabrik nach Halle hineintragen. Auch andere atmosphärische Einflüsse, z. B. häufige Niederschläge, drückende schwüle Luft usw. tragen dazu bei, daß sich die Gerüche in die Stadt hinabsenken, während kräftige Luftströmungen dieselben verteilen und mehr oder weniger vernichten. Auch ist beobachtet worden, daß gerade gegen Abend der Wind umschlägt und die Winde, die sonst den Tag über nach anderen Richtungen wehen, ihren Weg nach der Stadt zu nehmen, so daß bei solchen Winden die Stadt, besonders in den Abendstunden, unter Gerüchen zu leiden hat.

Total falsch ist jedoch die vielverbreitete Ansicht, daß die C. P. periodisch und zwar besonders abends oder nachts, überreichende Gase fortlasse, um dadurch die Fabrikation leichter zu gestalten; bzw. um sich pekuniäre Vorteile zu sichern. Die Ofengase entströmen vielmehr dauernd den Schornsteinen; es hängt lediglich von der Windrichtung, wie von dem spezifischen Gewicht der Luft usw. ab, ob die hallischen Einwohner davon betroffen werden oder nicht.

Die Beseitigung dieses Übelstandes ist seit Jahren ein schwerwiegendes Problem nicht allein der C. P., sondern eines großen Teiles der Fachwelt gewesen. Erschwert wurde die Lösung der Aufgabe deshalb, weil man die Natur der Laugenverbrennungsgase, sowie den Grund ihrer Entstehung bisher nicht kannte. Erst dem schwedischen Professor Klason in Stockholm ist es vor wenigen Jahren gelungen, die Ursache der Gerüche zu ergründen, und die Geruchserreger (organische Schwefelverbindungen) zu isolieren, so daß erst durch die Arbeit dieses Gelehrten etwas Klarheit über den Laugeneindampfungsprozeß geschaffen wurde.

Die sehr leicht flüchtige Natur dieser Gase erschwerte aber ungemein deren Vernichtung, so daß es bisher praktisch nicht möglich war, gerade diese Körper zu beseitigen.

Die C. P. hat es nun bisher an nichts fehlen lassen, dem Übelstande nach Kräften entgegenzuarbeiten. So wurden seit dem Jahre 1902 für die **Verbrennung bzw. Vernichtung der Ofengase dienenden Anlagen** M. 136 250.— verausgabt.

Halle-Cröllwitz, den 18. Juni 1914.

Die in dieser Zeit für den genannten Zweck aufgewandten **Betriebskosten** sind jedoch weit erheblicher, was daraus hervorgeht, daß seit dem Jahre 1902 allein für die Verbrennung der Ofenabgase für mehr als M. 300 000.— Kohle verbraucht wurde, wobei der Kohlenaufwand für den Betrieb der Ventilatoren etc. noch nicht einmal berücksichtigt ist.

Leider muß nun zugegeben werden, daß trotz der Aufwendung dieser sehr erheblichen Mittel ein durchgreifender Erfolg nicht zu verzeichnen war. Die C. P. ist deshalb seit mehr als Jahresfrist damit beschäftigt, ein neues chemisches Arbeitsverfahren zur Aufarbeitung der Ablaugen auszuprobieren. Dieses neue Verfahren stützt sich auf die Ergebnisse der Untersuchungen des vorher genannten Professors Klason, sowie auf Patente, die von dem schwedischen Sulfatstoffchemiker Dr. Riemann genommen wurden. Für die dazu notwendigen Vorarbeiten wurden vom Aufsichtsrat der C. P. im Jahre 1913 wiederum M. 25 000.— bewilligt, und werden diesbezügliche Versuche **unabhängig von allen anderen Maßnahmen** zurzeit vorgenommen.

Auch hatte die C. P. ein Projekt erwogen, welches bezweckte, die überreichenden Gase durch einen 150 m hohen Schornstein abzuführen. Eingehende Erwägungen haben jedoch ergeben, daß es nicht möglich wäre, die Geruchsbelästigungen auf diese Weise aus der Welt zu schaffen, denn nach den Erfahrungen, die man im sächsischen Hüttenbezirk mit solchen Schornsteinen machte, und nach Äußerungen des Herrn Professors Dr. Wislicenus in Tharandt, der als Spezialist für die Beseitigung von Abgasen bekannt ist, können solche Gase durch hohe Schornsteine lediglich auf weitere Strecken verteilt, aber nicht beseitigt werden. Ein hoher Schornstein würde deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach nur dazu beitragen, die Gerüche in Halle auf weitere Bezirke auszuwehen. Aus diesem Grunde hat die C. P. diesen Plan, dessen Ausführung, nebenbei bemerkt, mindestens M. 150 000.— erfordern würde, als sehr kostspieligen und zweifelhaften Versuch verworfen und sich vielmehr dazu entschlossen, einen **Multidissipatorschornstein** zu bauen. Dieser Schornstein, dessen Konstruktion auf einer neuen, patentierten Erfindung beruht, erreicht durch seine eigenartige Bauart nach Angaben des Erfinders eine 30- bis 40fache Verdünnung der durch ihn abgeführten Rauchgase. Durch diese außerordentliche Verdünnung des Rauches ist sicherlich eine ganz erhebliche Abschwächung des Geruches zu erwarten. **Der Multidissipator ist jetzt im Bau begriffen und wird Ende Juni in Betrieb kommen.** Sollte diese Neuanlage wider Erwarten nicht so arbeiten, daß eine merkliche Besserung erzielt wird, so sollen noch andere Maßnahmen getroffen werden. Zwei Projekte liegen zu diesem Zwecke noch bereit. Das erste betrifft die Anwendung einer neuartigen, sehr intensiven Gaswäsche, das zweite Projekt sieht dagegen den Bau eines langen Abgaskanals vor und stützt sich auf folgende Beobachtungen:

Die von der Fabrik abgehenden Ofengase werden durch natürliche Vermischung mit der Außenluft mit zunehmender Entfernung mehr und mehr verdünnt. Es bildet sich dadurch gewissermaßen eine Geruchsgrenze, d. h. eine Grenze, hinter welcher die Gerüche nur noch wenig oder kaum bemerkbar sind. Es ist festgestellt worden, daß in einer Luftlinie bis etwa 3 km von der Fabrik entfernt, die Gerüche noch lästig fallen können; darüber hinaus hat man wohl hin und wieder den Geruch bemerkt, ohne daß man aber von einer direkten Belästigung sprechen konnte. Aus dieser Tatsache ist der Schluß zu ziehen:

Würde die C. P. von ihrem heutigen Standort entfernt mehrere Kilometer weit nordwestlich liegen, so würden die Abgase der Fabrik kaum in solchen Mengen nach Halle hineinkommen können, daß Beschwerden gerechtfertigt wären.

Nun ist es natürlich ausgeschlossen, die Fabrik in Cröllwitz abzubauen und an entfernterer Stelle wieder aufzubauen; es ist aber möglich, die Abgase der Ofenanlage zu fassen, und sie in einer geschlossenen Rohrleitung mehrere Kilometer weit in einer der Stadt entgegengesetzten Richtung, d. h. nach Nordwesten fortzublasen, so daß die Gerüche infolge der großen Entfernung nicht mehr bemerkt werden können.

Die vorstehenden Ausführungen dürften zur Genüge beweisen, daß die C. P. seither keine Mühe und kein Opfer gescheut hat, um den Geruchsbelästigungen nach Möglichkeit entgegenzutreten, und daß auch heute noch bei ihr der ehrliche Wille besteht, alles zu tun, um dem lästigen Übelstande, soweit es irgend geht, abzuhelfen. Es muß aber andererseits mit Bestimmtheit darauf hingewiesen werden, daß die immerwiederkehrenden Behauptungen, die C. P. täte fast nichts, die Gerüche unschädlich zu machen, jeder Berechtigung entbehren.

Die Aufsichtsbehörden sind von den hier geschilderten Maßnahmen unterrichtet, so daß es jedem möglich ist, sich an geeigneter Stelle von der Richtigkeit des hier Gesagten zu überzeugen.

Es muß noch betont werden, daß die C. P. kein anderes Fabrikationsverfahren einschlagen kann; eine Abänderung des Verfahrens zöge in absehbarer Zeit die Aufgabe des ganzen Betriebes nach sich.

Städte, denen an einer blühenden Industrie innerhalb ihres Bezirkes gelegen ist, müssen sich — das wird man ohne weiteres zugeben — gefallen lassen, daß die Fabrikation dann und wann einige unangenehme und bis zu einem gewissen Grade belästigende Begleiterscheinungen im Gefolge hat.

Die C. P. kann deshalb nur den Wunsch aussprechen, daß die hallische Einwohner mit ihren Beschwerden etwas zurückhalten, zumal es sich im vorliegenden Falle um das älteste industrielle Werk der Stadt handelt und eine voraussichtlich vollständige Beseitigung der Geruchsbelästigung bald zu erwarten ist.

Cröllwitzer Actien-Papierfabrik.